

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Juni 1953

44/J

Anfrage

der Abg. Marianne Pöllak, Appel, Kyssel und Genossen
 an den Bundesminister für Finanzen,
 betreffend Schiebungen mit ungarischem Eigentum.

-.-.-

Durch Pressemeldungen wurde die österreichische Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass ungarische Staatsbürger, die Eigentümer von in Österreich gelegenen Liegenschaften sind, durch die ungarische Regierung verhalten werden, österreichischen Anwälten - selbstverständlich Kommunisten - Vollmachten auszustellen, mittels deren Hilfe sie die Aufhebung der öffentlichen Verwaltung begehrten. Die öffentliche Verwaltung wurde eingerichtet, um für kommende Verhandlungen mit Ungarn über das Schicksal des in Ungarn befindlichen Eigentums von österreichischen Staatsbürgern deren berechtigte Ansprüche entsprechend vertreten zu können.

Die bevollmächtigten Anwälte verlangen nun die Aufhebung der öffentlichen Verwaltung und dringen damit auch beim Verwaltungsgerichtshof aus formellen Gründen durch. Es erweist sich daher als notwendig, das Verwaltergesetz so abzuändern, dass diese Praktiken in Zukunft unmöglich gemacht werden.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, dem Hohen Haus ehestens eine Novelle zum Verwaltergesetz vorzulegen, welche dem Schutz der Ansprüche österreichischer Staatsbürger auf enteignete Vermögenschaften gegenüber anderen Staaten Rechnung trägt ?

-.-.-.-